

# Niederschrift

## RAT/X/21

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 03. November 2022 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

### Anwesend sind:

#### Der Bürgermeister

Gottheil, Christoph                      Bürgermeister

#### Die Ratsmitglieder

Abbenhaus, Berthold  
Eimers, Alfred  
Fehmer, Alexandra  
Feldmann, Heinrich  
Fischedick, Jens  
Fleige-Völker, Josefa  
Gehling, Doris  
Gövert, Hermann-Josef  
Hambrügge, Carmen                      Fraktionsvorsitzende SPD  
Konert, Tobias  
Lembeck, Guido                          Fraktionsvorsitzender CDU  
Lethmate, Frederik Maximilian  
Meinert, Alexander  
Mensing, Hartwig                          Fraktionsvorsitzender WIR  
Pirkl, Günter  
Rahsing, Ewald  
Reints, Hermann  
Schubert, Franz  
Söller, Hubertus  
Weber, Winfried                          Fraktionsvorsitzender  
Bündnis 90/Die Grünen

#### Von der Verwaltung

Roters, Dorothea                          Allgemeine Vertreterin  
Wiesmann, Raphael                      Fachbereichsleiter  
Kortüm, Herbert                          Leiter der Stabsstelle  
Zumkley, Kathrin, Dr.                      Schriftführerin

**Es fehlen entschuldigt:**

Die Ratsmitglieder

Deitert, Frederik  
Fedder, Ralf  
Friemel, Christian  
Schubert, Daniel  
Steindorf, Ralf  
Wigger, Bernhard

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:27 Uhr

## Tagesordnung

Bürgermeister Gottheil begrüßt die Ratsmitglieder, die Zuhörer\*innen, die Gäste, die Vertreter\*innen der Verwaltung sowie Herrn Eggemann von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 25. Oktober 2022 form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Bürgermeister Gottheil beantragt, dass der TOP 6 „6. Änderung des Bebauungsplanes "Kleikamp II" im Ortsteil Osterwick im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB“ von der Tagesordnung genommen werden solle, da zu dem Gutachten, das im Rahmen einer Verschattungssimulation erstellt worden war, verwaltungsseitig noch Fragen zu einzelnen Punkten des Gutachtens bestünden und damit eine Beschlussreife für den heutigen Tag nicht gegeben sei.

Fraktionsvorsitzender Weber äußert sein Unverständnis über diese Begründung. Herr Weber schlägt vor, die offenen Punkte in der Ratssitzung zu klären und im Anschluss darüber abzustimmen.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass es wichtig sei, im Vorfeld einer Beschlussfassung die Unterlagen, Gutachten etc. juristisch unanfechtbar zu prüfen, um die Möglichkeit für spätere Einsprüche, Klagen etc. auszuräumen, die ein Mehr an Kosten und eine zeitliche Verzögerung der Baumaßnahme bedeuten würden. Aus diesem Grund spricht sich Bürgermeister Gottheil für eine Absetzung von der Tagesordnung aus.

Bürgermeister Gottheil lässt über die Absetzung des Tagesordnungspunktes abstimmen:

Abstimmungsergebnis:        20 Ja –Stimmen        1 Enthaltung

### **1        Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (1. Teil)**

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

### **2        Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO (1. Teil)**

#### **2.1     Sachstand zur weiteren Nutzung der Eisenbahnwaggons am Kulturbahnhof im Ortsteil Darfeld - Herr Eimers**

Ratsmitglied Eimers thematisiert die aus seiner Sicht unzureichende Nutzung der Waggons am Kulturbahnhof im Ortsteil Darfeld. Herr Eimers fragt, ob die Verwaltung Gespräche mit dem Heimatverein Darfeld geführt habe, um eine Nutzung der Waggons für die Offene Kinder und Jugendarbeit zu ermöglichen.

Bürgermeister Gottheil informiert, dass er ein Gespräch mit Vertretern des Heimatvereins geführt habe. Hier sei ihm vorgetragen worden, dass erneuter Sanierungsbedarf der Waggons bestehe. Sobald diese Sanierungsarbeit abgeschlossen sei, wolle er mit Vertretern des Heimatvereins Darfeld und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit über eine gemeinsame Nutzung der Waggons sprechen.

## **2.2 Sachstand zur Pflege der Baumallee an der B 474 - Herr Weber**

Fraktionsvorsitzender Weber erkundigt sich danach, ob die Bäume der Allee an der B 474 in diesem Jahr noch zurückgeschnitten würden, um ein optimales Wachstum zu gewährleisten.

Bürgermeister Gottheil weist darauf hin, dass der Bauhof regelmäßig nach einem ausgearbeiteten Terminplan im gesamten Gemeindegebiet die Rückschnitte der Bäume vornehme. Dazu gehöre auch die Pflege der Bäume an der B 474. Wann diese Arbeiten terminiert seien, werde über das Protokoll beantwortet.

*Antwort:*

*Die Rückschnittarbeiten an der Baumallee B 474 sind ursprünglich bereits für den Winter 2021/22 angesetzt gewesen. Man hat diesen Rückschnitt jedoch ausgesetzt, da es zu diesem Zeitpunkt noch unklar gewesen sei, ob die Baumallee gefällt werden müsste.*

*Nun sind die Rückschnittarbeiten für den Winter 2023 angesetzt, sofern bis dahin nicht eine Entscheidung zur Beseitigung des Baumbestandes getroffen sein sollte.*

## **3 Bericht aus anderen Gremien**

Bürgermeister Gottheil berichtet von mehreren Gremiensitzungen, an denen er teilgenommen habe.

Am 19. Oktober 2022 habe in den Räumen der Bezirksregierung Münster die Beitrittsveranstaltung zum Präventionsnetzwerk #sicherimDienst stattgefunden. Unter Beteiligung von Regierungspräsident Andreas Bothe und Innenminister Herbert Reul sei das Projekt öffentlich vorgestellt worden. Ziel des Netzwerkes ist es, im öffentlichen Dienst für das Thema „Gewalt gegen Beschäftigte“ stärker zu sensibilisieren und über Handlungsempfehlungen zu informieren. Öffentlichkeitswirksame Netzwerk-Beiträge würden dabei ein starkes Signal setzen. Wie der Kreis Coesfeld und weitere Kommunen habe auch die Gemeinde Rosendahl ihren Beitritt zum Netzwerk symbolisch erklärt.

Die Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Josefine Paul, habe zu einer Regionalkonferenz zum gemeinsamen Austausch zu aktuellen Herausforderungen bei der Aufnahme Geflüchteter eingeladen. Das Gespräch fand am 20. Oktober 2022 bei der Bezirksregierung in Münster statt.

Am 24. Oktober 2022 seien in Münster im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Aufstellung des LWL-Haushaltes für das Jahr 2023 die Mitgliedskörperschaften des LWL in einer Informationsveranstaltung über die Rahmenbedingungen und die Eckpunkte des LWL-Haushaltes 2023 informiert worden. Die Umlage des LWL werde, wie bereits seit längerem befürchtet, enorm ansteigen. Es ist jetzt schon davon auszugehen, dass die Gemeinde Rosendahl im Zuge der Berechnung der Kreisumlage diese Kostensteigerung mitzutragen habe.

Am 02. November 2022 habe die 25. Sitzung des örtlichen Beirates auf Burg Vischering stattgefunden. Schwerpunkte der Besprechung waren die vorläufige Aufteilung des SGB II-Eingliederungsbudgets 2023, die Vorstellung der Ergebnisse zum 2. Maßnahmenaufruf 2022 und der Ergebnisse des Umlaufverfahrens zum 3. Maßnahmenaufruf 2022, die Beratung zu den aktuellen Maßnahmenausschreibungen 2022

sowie der Sachstand zum Gesetzgebungsverfahren in Bezug auf die Einführung des Bürgergeldes. Abschließend habe die Agentur für Arbeit zum Stand der Ausbildungsvermittlung für das Jahr 2021/2022 berichtet.

#### **4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen**

Allgemeine Vertreterin Roters berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Rates vom 29. September 2022.

Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

#### **5 Aufstellung des Bebauungsplanes "Feuerwache südlich Am Holtkebach" im Ortsteil Holtwick**

**Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB**

**Vorlage: X/274**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage X/ 274 und gibt kurze Erläuterungen. Die Anlagen zur Sitzungsvorlage seien in zwei Punkten redaktionell angepasst worden. Die aktuelle Fassung würde umgehend digital hochgeladen.

Fraktionsvorsitzender Weber beantragt, dass die vorliegende Beschlussfassung um den Standort im Gewerbegebiet in Holtwick als Reserve ergänzt wird. Herr Weber erklärt, dass man dem weiteren Planungsprozess auch Alternativen parat haben sollte. Sollten sich baugutachtliche Probleme auftun, die das Bauvorhaben südlich Am Holtkebach unmöglich machen würden, wäre man auf Grund des Reserveortes weiterhin handlungsfähig und hätte einen Plan B.

Bürgermeister Gottheil informiert, dass im Vorfeld der Beratung verschiedene Standorte für die Errichtung der neuen Feuerwehrrwache in Betracht gekommen und nach bestimmten Kriterien auf ihre Geeignetheit begutachtet worden seien. Dabei sei die Zentralität das entscheidende Kriterium gewesen. Die Aussagen des Feuerwehrpersonals, das zu Einsätzen aus verschiedenen Richtungen anrücke, hätten gezeigt, dass der Standort „südlich Am Holtkebach“ der zentralste sei und man ihn aus diesem Grund ausgewählt habe. Zudem befinde man sich derzeit in einer frühen Phase des Aufstellungsbeschlusses. Hier nun auch die Reservierung von anderen Flächen zu beschließen, die dann nicht mehr für gewerbliche Zwecke zu Verfügung stehen würden, halte Herr Gottheil für unüblich.

Ratsmitglied Meinert hätte es begrüßt, wenn in der Begründung der Standortauswahl vermerkt gewesen wäre, dass die Einschätzung der Vertreter der Feuerwehr besonderes Gewicht für die Wahl gehabt hätte. Das hätte das Entscheidungsverfahren für Herrn Meinert transparenter gemacht.

Fraktionsvorsitzender Lembeck erklärt, dass die Feuerwehrmänner zu einem Einsatz aus allen Richtungen anrücken würden. Um die gesetzlich vorgeschriebenen Reaktionszeiten erfüllen zu können, sei die Zentralität des Standortes immens wichtig.

Bürgermeister Gottheil lässt über den Antrag von Herrn Weber zur Ergänzung der Beschlussvorlage um einen Reservestandort abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.

Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen von Ratsmitgliedern.

Im Anschluss fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Es wird beschlossen, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Feuerwache südlich Am Holtkebach“ im Ortsteil Holtwick für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. X/274 als Anlage V beigefügten Bebauungsplanentwurf zu entnehmen ist, durchzuführen. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Es wird eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Ebenso werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB über die Planung unterrichtet sowie diese mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen 2 Enthaltungen

- 6 6. Änderung des Bebauungsplanes "Kleikamp II" im Ortsteil Osterwick im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB**  
**Eingegangene Stellungnahmen**  
**Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB**  
**Vorlage: X/276**

Dieser TOP entfällt im Rahmen der Änderung der Tagesordnung.

- 7 Zustimmung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW in Verbindung mit § 8 der Haushaltssatzung der Gemeinde Rosendahl für die Anschaffung von zwei Notstromaggregaten für das HPW Hennewich und für die Kläranlage Osterwick**  
**Vorlage: X/280**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage X/280 und gibt kurze Erläuterungen.

Ratsmitglied Abbenhaus erkundigt sich nach der Größe des Benzin- und Dieselölvorrats, den die Gemeinde für den Fall eines Blackouts vorhalte.

Bürgermeister Gottheil informiert, dass ein Treibstoffvorratstank mit einem Fassungsvermögen von 2000 l auf dem Gelände des Bauhofs gelagert werde. Dies reiche für die Versorgung des Klärwerkes und des HPWs für 2-3 Tage. Zudem habe man drei weitere Fässer, in denen sich kleinere Mengen von Benzin bzw. Diesel befinden würden. Bürgermeister Gottheil beschreibt das Problem, dass Benzin- und Diesel bei längerer Lagerungszeit an Qualität einbüße. Herr Gottheil erklärt, dass man aus diesem Grund auch auf die Möglichkeit der Befüllung an Tankstellen angewiesen sein werde. Er habe am heutigen Tag ein Gespräch mit einem Rosendahler

Tankstellenbesitzer geführt, der seine Bereitschaft signalisiert habe, im Falle eines Blackouts den Zugriff der Gemeinde auf Diesel zu ermöglichen. Hierfür müsse jedoch die Tankstelle selbst noch umgerüstet werden, um eine stromlose Entnahme der Treibstoffe zu ermöglichen. Dies werde in Kürze durchgeführt.

Fraktionsvorsitzender Lembeck erkundigt sich, ob die Aggregate ausschließlich für die Stromzufuhr des HPW in Hennewich und der Kläranlage im Ortsteil Osterwick angedacht seien.

Bürgermeister Gottheil bestätigt dieses. Herr Gottheil erklärt, dass die feste Montage an den Standorten des HPWs in Hennewich und der Kläranlage im Ortsteil Osterwick eine notwendige Bedingung für die Förderung sei. Diese betrage im besten Fall bis zu 50 % der Aufwendungen.

Ratsmitglied Abbenhaus erkundigt sich, ob die örtlich begrenzte Nutzung der Aggregate zeitlich befristet sei und man sie ggf. zu einem späteren Zeitpunkt nach eigenem Bedarf einsetzen könne.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass es sich bei den ihm vorgelegten Förderbedingungen um eine Kurzfassung gehandelt habe, die nicht bis ins kleinste Detail ausgearbeitet gewesen sei. Hier sei eine Bindungsfrist nicht erwähnt worden.

Fraktionsvorsitzender Lembeck erkundigt sich, mit welchen Auswirkungen man zu rechnen habe, sollten die Kläranlage in Osterwick und das HPW in Hennewich mehr als 48 Stunden ohne Stromversorgung sein.

Bürgermeister Gottheil informiert, dass in der Kläranlage die Hebebühne den Wasserstand nicht mehr ausgleichen könne, sodass es zu einem Rückstau des Abwassers komme, das wieder zu den Abwasserleitungen der Häuser zurückgedrückt werde. Beim HPW werde es bei einem längeren Stromausfall zu einem Überlaufen des Abwasserbeckens kommen, was zu Verschmutzungen der umliegenden Gewässer führen werde. Dadurch würden der Gemeinde dann hohe Bußgelder seitens der Bezirksregierung drohen.

Bürgermeister Gottheil betont, dass man über die fördermittelbasierte Anschaffung dieser Aggregate eine gute Absicherung gegen diese Probleme hätte. Ein Beschluss zu diesem Zeitpunkt gewährleiste überdies eine schnelle Anlieferung. Ein Aggregat könnte schon umgehend installiert werden, das andere Anfang nächsten Jahres.

Ratsmitglied Konert erkundigt sich, ob man bei dem Entwurf dieser Szenarien von Erfahrungswerten von dem Schneeeinbruch im Jahr 2005 ausgegangen sei. Hier hätten schließlich viele Rosendahler drei Tage lang keinen Strom gehabt.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass der Stromausfall von 2005 nur partiell zu längeren Störungen geführt habe. Er wolle aber die Mitarbeiter der Kläranlage auf ihre Erfahrungen ansprechen.

Ratsmitglied Eimers drückt sein Bedauern über diesen Beschluss aus, da ein Ankauf der Aggregate möglicherweise bedeute, das Angebot für Stromaggregate für die Ukraine zu verringern.

Fraktionsvorsitzender Weber warnt davor, sich bei Entscheidungen von Worst-Case-Szenarien verrückt machen zu lassen. Für ihn sei ein solcher Beschluss nicht tragbar.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen von Ratsmitgliedern.

Im Anschluss fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Die Aufträge zur Anschaffung von zwei Notstromaggregaten jeweils für das HPW Hennewich und für die Kläranlage Osterwick werden gemäß § 1 Nr. 8 i.V.m. § 2 Abs. II Nr. 15 der Zuständigkeitsordnung der Gemeinde Rosendahl erteilt.

Der beim Produkt 56 / 11003 – Abwasserbeseitigung, Sachkonto 783100 entstehenden außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von insgesamt bis zu 60.000 € wird zugestimmt.

Die erforderliche Deckung gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW wird durch eingesparte Haushaltsmittel bei der Maßnahme „Erstellung einer Schmutzwasserkanalisation im Baugebiet Rietkamp im OT Darfeld“ im Produkt 56 / 11003 – Abwasserbeseitigung, Sachkonto 785200, Inv.-Nr. 45621020, gewährleistet.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

## **8 Mitteilungen**

### **8.1 Aktuelles zu Schulentwicklungen in benachbarten Kommunen**

Bürgermeister Gottheil berichtet über aktuelle Entwicklungen an benachbarten Schulen.

Seitens der Bezirksregierung Münster sei der Stadt Ahaus genehmigt worden, zum Schuljahresbeginn 2023/24 die Zügigkeit an der Irena-Sendler-Gesamtschule Ahaus von 6 auf 7 Züge anzuheben. Die Stadt Ahaus hatte dies erneut beantragt, nachdem im vergangenen Schuljahr die notwendigen Anmeldezahlen nicht erreicht worden seien. Auch dieses Mal habe sich die Bezirksregierung den Widerruf vorbehalten für den Fall, dass die Anmeldezahlen von mindestens 175 gemeindeeigenen Schüler\*innen wieder unterschritten würden.

Ab dem Schuljahresbeginn 2023/24 sei außerdem von der Bezirksregierung die Änderung der Gesamtschule Gescher durch den Ausbau von 4 auf 6 Züge und die Angliederung eines Teilstandortes in vertikaler Form in Velen genehmigt worden. Auch diese Genehmigung stehe unter dem Vorbehalt, dass im Anmeldeverfahren die vorgeschriebenen Schülerzahlen erreicht würden.

## **9 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (2. Teil)**

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

## **10 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO (2. Teil)**

Es werden keine Fragen von Ratsmitgliedern gestellt.

Gottheil  
Bürgermeister

Dr. Kathrin Zumkley  
Schriftführerin